

Alles auf Anfang

Die Schließung von First Solar in Frankfurt (Oder) rückt näher – neue Industriearbeitsplätze als Ersatz sind nicht in Sicht

Gerade hatte sich Frankfurt (Oder) daran gewöhnt, auch eine Stadt des produzierenden Gewerbes zu sein, da ist der Solarboom schon wieder vorbei. Die Suche nach neuen Investoren gestaltet sich mühselig. Und die Zeit drängt.

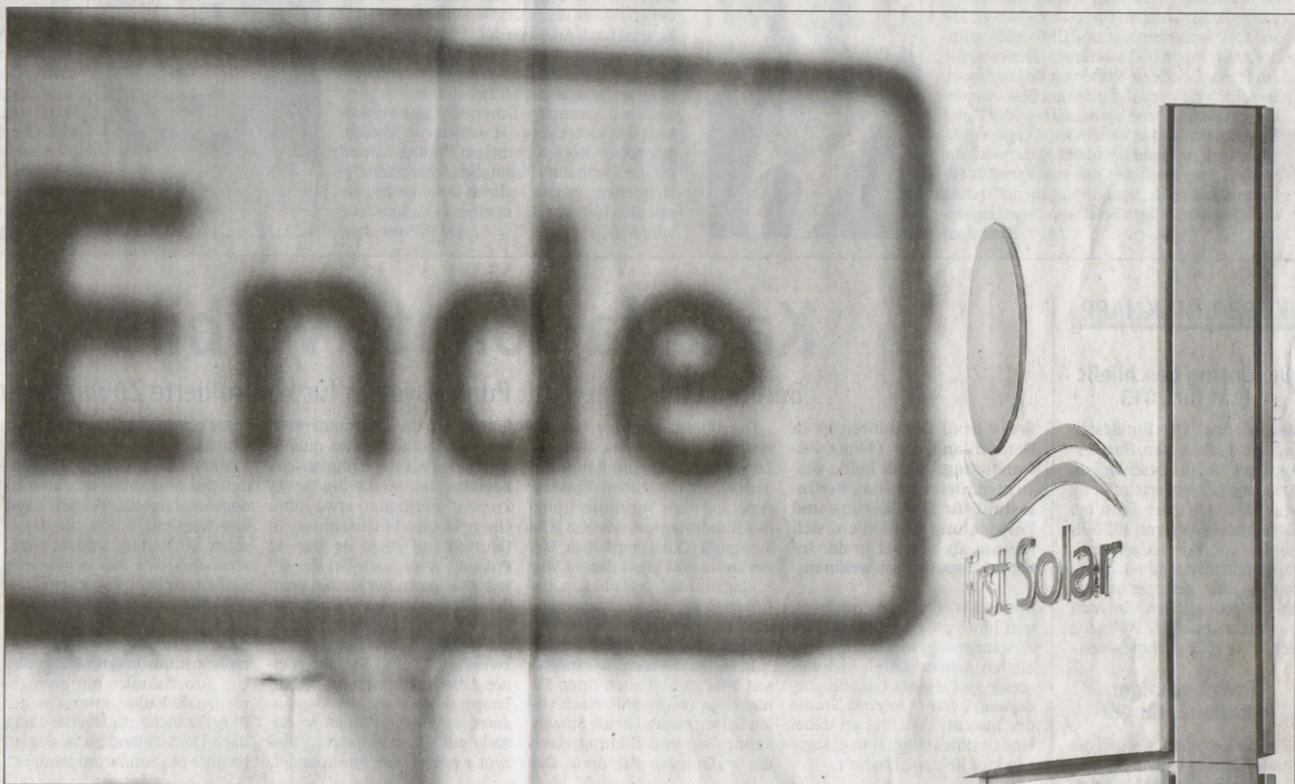
Von Hajo Zenker

Frankfurt (Oder) (MOZ) Nein, glücklich sieht Martin Wilke wahrlich nicht aus. Eigentlich ist ihm klar, dass man angesichts der Lage von Frankfurt (Oder) als Oberbürgermeister Berufsoptimist sein muss, will man die Stadt nicht zurückgleiten lassen in die bleierne Zeit der Mutlosigkeit und schlechten Stimmung. Aber leicht ist es nicht, eine positive Grundhaltung Tag für Tag, Stunde für Stunde zu vermitteln. Wilke war es schließlich, der als Wirtschaftsförderer, als Chef des Investorcenters Ostbrandenburg, entscheidend mit dafür gesorgt hatte, die vermeintlich zukunfts-trächtige Solarindustrie in die Stadt zu holen, die vom Niedergang der Elektronikbranche im Allgemeinen und dem Flop der Chipfabrik im Besonderen schwer getroffen war.

Und diese Wirtschaftskompetenz, gepaart mit dem Versprechen, noch mehr Jobs, noch mehr Investitionen an die Oder zu holen, war es vor allem, die ihn vor zweieinhalb Jahren auf den Chefessel ins Rathaus trug. Nun steht er vor einem Scherbenhaufen. Denn First Solar macht zum Jahresende beide Werke zu, über 1200 Beschäftigte werden nicht mehr gebraucht. Und First Solar war 2005 der Ausgangspunkt für den kurzen Boom, für die rasante Entwicklung zur „Solarhauptstadt“.

„Dabei habe ich geglaubt, ein wirtschaftliches Fundament zu haben, auf dem wir aufbauen können“, sagt er selbst. Denn die drei Photovoltaik-Unternehmen First Solar, Conergy, Odersun zogen Zulieferer und Dienstleister an. „Endlich war Frankfurt nicht mehr nur Verwaltungsstadt, sondern bot Industriearbeitsplätze. Und der Oberbürgermeister sah die Chance, „endlich mal Ruhe für die städtische Entwicklung zu haben“, für eine attraktivere Innenstadt, für anspruchsvolle Wohnungen. Stattdessen müssen die gewaltigen Haushaltslöcher, die der Weggang des US-Konzerns reißt, gestopft werden, gibt es Nothilfe vom Land, Haushaltssperre. Und man muss erneut auf Investorensuche gehen. Ein Déjà-vu-Erlebnis. „Das hält uns in der Entwicklung auf.“ Das hätte sich Martin Wilke vor zweieinhalb Jahren, als er als Symbol für den Frankfurter Aufbruch in eine bessere Zeit sein Amt antrat, nicht träumen lassen. Auch nicht, als die Solarkrise erkennbar wurde: „Dass es so radikal kommt, hätte ich nicht gedacht.“ Alles auf Anfang also.

Aber wer, aber was kann neu anfangen? „Das ganze Szenario der Investorensuche wird abgearbeitet“, sagt der Oberbürgermeister. Man suche Ansiedlungswillige bei Besuchen in der



Am Jahresende ist Schluss: das Gelände des US-Konzerns First Solar in Frankfurt (Oder)

Fotos: dpa, MOZ/Dietmar Horn

weiten Welt genauso wie per Telefon. Und hole Firmenvertreter nach Frankfurt – 56 Besuche von Unternehmern habe es in diesem Jahr gegeben. Die Besuche lassen sich zählen, Ansiedlungserfolge noch nicht.

Was Wilke nicht verwunderlich findet. „Vom ersten Besuch bis zu einer Investitionsentscheidung vergeht normalerweise ein Jahr.“ So viel Zeit aber hat Frankfurt eigentlich nicht. Die Ankündigung des US-Konzerns stammt aus dem April, Ende Dezember wird die Produktion eingestellt. Ende Mai sollen die beiden Werke leergeräumt sein. Eine zweitägige Jobbörse brachte Firmen auf Fachkräftesuche und First-Solar-Mitarbeiter zusammen. Bisher haben 150 einen anderen Job gefunden. Noch also gibt es, was als Argument für Großinvestoren zählt, eine große Zahl an gut qualifizierten Mitarbeitern am Standort. Noch. Neue Industriearbeitsplätze in großer Zahl aber braucht Frankfurt. „Wenn die Wertschöpfung nicht stimmt, stimmt alles andere auch nicht“, erklärt der Oberbürgermeister.

„An Großansiedlungen glaube ich derzeit aber nicht“, sagt Hans Richter, der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Wirtschaft (GFWW). Diese war angesichts der Frage, wie es an der Oder wirtschaftlich weitergehen solle, 1991 gegründet worden. In einer Situation, wo das Überleben des Instituts für Halbleiterphysik gesichert war, die

von der DDR aufgebaute Mikroelektronik aber vor dem Zusammenbruch stand. So plädierte die GFWW immer dafür, konkurrenzfähige Industriearbeitsplätze zu schaffen. Und hat auch das Thema Photovoltaik früh thematisiert.

Richter glaubt derzeit nur „an eine Entwicklung auf Basis kleiner Schritte“. Man müsse das Umfeld der verbliebenen Solarfirma Conergy stärken. Höchste Qualität, Kundennähe, Systemlösungen seien nötig, um sich von den asiatischen Angeboten abzuheben und so am Markt zu bestehen. Eine Kooperation zwischen Industrie und Handwerk, um eine längere Wertschöpfungskette zu schaffen. „Da zieht Conergy mittlerweile mit“, sagt Hans Richter. Eine andere, seit 2010 propagierte GFWW-Idee, sich regional zu vernetzen, um als Zulieferer von der Entwicklung der Elektromobilität zu partizipieren, ist nicht aufgegriffen worden – weder von Firmen noch von der Stadt, wie Richter beklagt.

Wenig erfreulich findet Peter Ernsdorf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Ostbrandenburg, das psychologische Signal, welches das Ende von First Solar aussendet. „Wenn schon solche Großkonzerne ihre Zelte abbrechen, ist das nicht gerade Werbung für den Standort.“ Auch Wirtschaftsforscher zeigen sich in Sachen Großinvestor skeptisch. „Eine Großansiedlung wie die von First Solar ist ein eher singuläres Ereignis“, sagt Karl Brenke,

wissenschaftlicher Referent im Vorstand des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Es sei „außerordentlich schwer“, so etwas noch einmal an die Oder zu holen, sagt Brenke. „Den einen oder anderen Mittelständler“ könne Frankfurt dagegen auf absehbare Zeit wohl gewinnen, meint der DIW-Experte. Aber solch einen gewaltigen Kapazitätsaufbau in kurzer Zeit, wie es ihn in der Solarbranche dank der üppigen Subventionen gab, „den wird es sicher in keiner anderen Branche mehr geben“.

Auch Joachim Ragnitz, Vize-Chef der Dresdner Niederlassung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, warnt: „Man kann einen großen Investor schlecht zwingen, nach Frankfurt (Oder) zu kommen.“ Die Stadt müsse Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen ansprechen. „Auf eine einzige Branche zu setzen, ist äußerst gefährlich. Das hat die Solarindustrie gezeigt. Das gilt auch anderswo, etwa da, wo die Automobilindustrie alles beherrscht“, sagt Ragnitz. Er plädiert dafür, sich „neue, technologieorientierte Branchen herauszuspicken“.

Darauf setzt eigentlich auch der Oberbürgermeister. Neue Werkstoffe, Medizintechnik, Stromspeichersysteme, innovative Beleuchtung nennt er. Und das möglichst nicht als verlängerte Werkbank wie bisher. „Forschung und Entwicklung ist der zentrale Punkt. Nur mit Know-how und Innovation kann man den Standort hochhalten.“ Genau das aber ist bisher nicht gelungen. Die weltweite Reputa-



Auf Investorensuche: Oberbürgermeister Martin Wilke (parteilos) sagt: „Wir machen alles, was geht.“

tion des Mikroelektronik-Instituts IHP ließ sich bisher nicht in eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen verwandeln. Ein Solar-Institut anzusiedeln scheiterte am Land. Eine Innovationsstrategie brauche Brandenburg, findet Martin Wilke.

Auf Strategie setzt auch Joachim Ragnitz – aber von Seiten der Kommune. „Die Landesregierung hat mit den Wachstumskeimen, zu denen Frankfurt gehört, einen ziemlich planwirtschaftlichen Ansatz“, findet der Ifo-Wissenschaftler. Stattdessen solle man sich an der Oder selbst fragen: Wo wollen wir in zehn Jahren stehen? Und dann ent-

sprechend handeln. Auf kurze Sicht aber helfen solche Strategien nicht, wenn sie denn überhaupt entstehen. Und so wird, versichert Wilke, heftig gesucht. „Wir machen alles, was geht. Ich kann nichts versprechen, aber ich hoffe, dass im nächsten Jahr etwas hängenbleibt.“

Darauf hofft auch der Großteil der bisherigen First-Solar-Mitarbeiter. Seine Kollegen, sagt Betriebsratschef Jens-Uwe Förster, nehmen nicht den besten Job an, sondern gehen überwiegend in die Transferegesellschaft, die neun Monate läuft. „Vielleicht kommt in dieser Zeit ja doch noch ein Investor.“

Wirtschaftsexperten zweifeln an Chancen auf neuen Großinvestor